



## Niederschrift

### 21. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 14.06.2016
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:08 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 249, Stadthaus Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Mike Schubert	SPD	ab 18:10 Uhr
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	bis 19:50 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	

##### zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	
------------------------	------------	--

##### sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	
Frau Nicole Einbeck	Beirat für Menschen mit Behinderung	
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	ab 18:30 Uhr
Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	
Herr Bertram Otto	SPD	
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	

##### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3	
---------------------------------	------------------------------------	--

## **Nicht anwesend sind:**

### **sachkundige Einwohner**

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	nicht entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Frank Thomann	FB Soziales und Gesundheit
Frau Eiken-Carina Magnussen	FB Soziales und Gesundheit
Frau Jana Humberdros	Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH
Frau Kristina Triik	Bereich Bürgerservice
Herr Fabian Dübner	Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
Herr Jörn-Michael Westphal	Pro Potsdam GmbH
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.05.2016 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Vorstellung des Projektes PfiFf "Pflege in Familie fördern"
- 5 Bericht über die Arbeit des Bürgerservicecenters
- 6 Bericht über die Arbeit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und  
Beschäftigungsförderung (Rückblick - Ausblick)
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 15/SVV/0743  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -
- 7.2 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte  
Vorlage: 16/SVV/0218  
Fraktion DIE aNDERE  
- Wiedervorlage -

- 7.3 Integrationsgarten am Schlaatz  
Vorlage: 16/SVV/0288  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -
- 7.4 Bereitstellung von Ersatzwohnungen für Bestandsmietparteien Alter Markt 10  
(Staudenhof)  
Vorlage: 16/SVV/0327  
Fraktion DIE aNDERE
- 7.5 Mehrgenerationenhaus  
Vorlage: 16/SVV/0346  
Fraktion CDU/ANW
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der  
Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0296  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 8.2 Gleichstellungsplan 2015 - 2019  
Vorlage: 16/SVV/0348  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 9 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.05.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift vom 24.05.2016 zur Abstimmung.

Frau Schulze nimmt Bezug auf ihre persönliche Erklärung am Ende der letzten Sitzung und bittet zu prüfen, ob der Bezug dazu auch aufgeführt werden muss. Wenn dies nicht der Fall ist, sollte die persönliche Erklärung gestrichen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 3

Frau Eisenblätter informiert, dass die Mitteilungsvorlage 16/SVV/0348 „Gleichstellungsplan 2015 - 2019“ auf Wunsch des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt auf die September-Sitzung vertagt werden soll.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 2 Informationen der Verwaltung**

Herr Thomann informiert, dass Frau Magnussen seit dem 01.05.2016 als Psychiatriekoordinatorin im Fachbereich Soziales und Gesundheit tätig ist.

Frau Magnussen stellt sich dem Ausschuss vor und erklärt, dass sie zunächst eine Erhebung des Ist-Zustandes vornehmen wird und daraus dann Handlungsempfehlungen entwickeln wird.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den bevorstehenden Umzug der Bewohner des Wohnverbundes in der Haeckelstraße. Sie erinnert daran, dass von Beginn an fest stand, dass die Vermietung aufgrund der geplanten Sanierung nur befristet erfolgen kann. Auch alle anderen Bewohner der zu sanierenden Häuser müssen umziehen.

Herr Thomann ergänzt, dass in dem Wohnungsverbund aktuell 80 Bewohner leben. Er betont, dass es Zielstellung der Verwaltung ist, die derzeit in der Haeckelstr. wohnenden Geflüchteten vorrangig mit Ersatzwohnungen zu versorgen. Dies ist jedoch nicht in allen Fällen möglich. Die Geflüchteten, die nicht in Wohnungen untergebracht werden können, werden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Vorrangig werden Flüchtlinge mit Bleibeberechtigung mit Wohnungen versorgt. Bisher konnten 10 Mietverträge unterzeichnet werden und 27 Wohnungsangebote liegen vor.

36 Flüchtlinge werden in Gemeinschaftsunterkünfte verteilt.

In Abstimmung mit dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West wird am 21.06.2016, 17:30 Uhr eine Informationsveranstaltung für die Bewohner des Wohnungsverbundes durchgeführt.

Abschließend macht Herr Thomann deutlich, dass besonderes Augenmerk auf Personen mit Behinderung und Familien mit Kindern liegt.

Herr Thomann informiert, dass der Bereich Soziale Leistungen und Integration in das Erdgeschoss des Stadthauses gezogen ist. Bereits am 13.06.2016 ist die Sprechstunde in den neuen Räumen aufgenommen worden. Die neuen Räume sowie der Wartebereich bedeuten eine entscheidende Verbesserung für Mitarbeitende und Flüchtlinge.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass zum 01.07.2016 die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete erfolgt. Die DAK hat die Arbeit aufgenommen und liegt im Zeitplan.

### zu 3 **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Frau Einbeck berichtet über das Jahresgespräch des **Beirates für Menschen mit Behinderung** beim Oberbürgermeister. Sie weist darauf hin, dass die besprochenen Themen und Fragen schriftlich vorliegen und an die Ausschussmitglieder ausgereicht werden können. Sie hätte sich gewünscht, dass die Fragen des Beirates auch schriftlich beantwortet werden. Des Weiteren teilt Frau Einbeck mit, dass die Zusammenarbeit mit der Bürokraft gut funktioniert. Derzeit wird die Sommersitzung vorbereitet.

### zu 4 **Vorstellung des Projektes PfiFf "Pfleger in Familie fördern"**

Frau Humberdros (Klinikum Ernst von Bergmann) stellt mit Unterstützung einer Powerpoint-Präsentation das Projekt, das in Zusammenarbeit mit der AOK Nordost und der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH vor. Sie erläutert zunächst die Ausgangssituation und geht dann auf die Ziele ein. Ziel ist u.a. die Unterstützung der pflegenden Angehörigen beim Übergang vom Krankenhaus in die häusliche Pflege.

Anschließend stellt Frau Humberdros die Umsetzung in der Praxis vor. Dabei verweist sie auf die Schulungen und Pflegekurse für pflegende Angehörige und informiert über die Inhalte.

Sie betont, dass die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Älter werden in Potsdam vertieft werden soll. Des Weiteren soll ein Ausbau der Kurs nach Bad Belzig erfolgen, um auch die ländliche Region besser erreichen zu können.

Frau Dr. Herzel verweist auf die Patienten, die keine Angehörigen haben.

Frau Humberdros erklärt, dass von Seiten des Krankenhauses geprüft wird, wie die Versorgung sichergestellt werden kann. Dies muss mit dem Patienten zusammen erfolgen.

Herr Mertens fragt, wie dies perspektivisch gesehen wird, wie hoch die Kapazitäten sind und ob das Projekt noch ausbaufähig ist.

Daraufhin erklärt Frau Humberdros, dass sich drei Mitarbeiterinnen um die Beratung, die Anleitung und die Schulung kümmern. Die Mitarbeiterinnen sind 3 Tage in der Woche dafür freigestellt. Das Projekt ist noch ausbaufähig.

Frau Schulze betont, dass bei einem Ausbau in Bad Belzig eine Aufstockung beim Personal erfolgen muss. Sie fragt, wie Patienten des Klinikums von dem Projekt erfahren.

Frau Humberdros berichtet, dass durch Flyer und Plakate auf den Stationen sowie durch das Pflegepersonal auf das Projekt aufmerksam gemacht wird. Auch Sozialarbeiter, Pflegeberater oder Ärzte können den Kontakt herstellen.

Frau Dreusicke weist darauf hin, dass für Patienten, die nicht mehr in der Lage sind, frei zu entscheiden, beim Amtsgericht eine Betreuung angeregt werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Anlauff erklärt Frau Humberdros, dass die erste Pflegeanleitung schon im Krankenhaus stattfindet.

Frau Hofmeister bestätigt die Aussagen von Frau Humberdros und verweist auf die gute Arbeit, die hier geleistet wird.

Frau Müller schließt sich dem an und macht deutlich, wie wichtig das Projekt ist.

Frau Humberdros teilt mit, dass das Projekt auch mit „Pflege in Not“ und dem Pflegestützpunkt zusammenarbeitet. Die Nachfrage, ob das Projekt evaluiert wird, wird von Frau Humberdros bejaht. Sie verweist hierbei auf die steigenden Beratungszahlen und berichtet, dass es für die Kurse bereits Anmelde- und Wartelisten gibt. Die Mitarbeiterinnen sind sehr engagiert.

Auf Nachfrage teilt sie mit, dass die Projektlaufzeit zunächst für ein Jahr festgelegt ist.

## **zu 5 Bericht über die Arbeit des Bürgerservicecenters**

Frau Trilk erinnert an den Auftrag zur aktiven Information über die Möglichkeit der Gebührenfreiheit im Zusammenhang mit dem Beschluss 15/SVV/0703. Dazu gab es eine Mitteilungsvorlage für die März-Sitzung der StVV. Des Weiteren verweist sie auf das Plakat, das entwickelt wurde.

Sie informiert, dass entsprechende Anträge gestellt wurden, die bereits beschieden sind.

Auf Nachfrage teilt Frau Trilk mit, dass an mehreren Stellen im Bürgerservice ein Plakat angebracht wurde.

## **zu 6 Bericht über die Arbeit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung (Rückblick - Ausblick)**

Herr Dübner stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation folgende Projekte, die durch die Fachstelle begleitet werden, vor und gibt Erläuterungen dazu:

- Bundesfreiwilligendienst
- Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
- Kommunale Initiative Arbeit Potsdam
- JUGEND STÄRKEN im Quartier
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier
- Perspektive Wiedereinstieg
- Spendensammelstelle

Auf Nachfrage berichtet er, dass im Sonderprogramm mit Flüchtlingsbezug im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes auch drei Geflüchtete eingesetzt sind.

## **zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 7.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 15/SVV/0743**

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Frau Schulze erinnert daran, dass der Antrag zurückgestellt wurde, bis Ergebnisse der Integrationskonferenz vorliegen. Diese liegen jetzt vor und wurden an alle Ausschussmitglieder ausgereicht. Sie bringt eine neue Fassung des Antrages ein und bittet, dass diese heute abschließend behandelt und eine Empfehlung für die Stadtverordnetenversammlung abgegeben wird.

**Neue Fassung:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der Ergebnisse des 1. Fachtages für Integration der Landeshauptstadt Potsdam, in Abstimmung mit den Trägern für Integrationsarbeit, den künftigen Integrationslotsen und den ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsinitiativen aufeinander abgestimmte Hilfsangebote und individuelle Handlungsleitfäden für Flüchtlinge zu erarbeiten.**

**Dabei sollen die so genannten Integrationslotsen die Ressourcen bzw. Integrationspläne für und mit den einzelnen Geflüchteten bzw. deren Familienverbund erstellen und als Ansprechpartner für den Betroffenen als auch für weitere Netzwerkpartner fungieren.**

**Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2016 über den Stand der Arbeit zu berichten.**

Herr Thomann macht deutlich, dass innerhalb der Verwaltung viele Mitarbeiter mit der Integration der Geflüchteten befasst sind. Hier muss die Rollenverteilung sauber geklärt werden.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Integrationslotsen im Prinzip Fallmanager sind, die sich um den Einzelfall kümmern. Bei jedem Einzelfall gibt es eine sehr unterschiedliche Gemengelage. Wie schnell ein Integrationsplan erstellt ist, hängt vom jeweiligen Einzelfall ab. Sie weist darauf hin, dass es sich um die originären Aufgaben der Integrationslotsen handelt.

Herr Schubert schlägt vor zu überlegen, ob der 2. Absatz aus der neuen Fassung des Antrages heraus genommen werden kann.

Frau Schulze betont, dass Integrationstag und Integrationskonferenz miteinander vernetzt werden sollen. Sie stimmt dem Vorschlag von Herrn Schubert zu. Sie bittet, über den 1. und 3. Absatz abzustimmen.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass an den Aufträgen des Integrationsfachtages gearbeitet wird. Der Termin für eine Integrationskonferenz steht bereits fest. Die Konferenz soll am 10.10.2016 durchgeführt werden

Frau Grasnik teilt mit, dass sie zur Integrationskonferenz die Gründung eines Integrationsnetzwerkes auf die Tagesordnung setzen möchte. Die Konferenz soll dazu genutzt werden, um über die Umsetzung der Aufträge aus dem Integrationsfachtage zu berichten.

Herr Schubert weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, etwas zu tun, was er bereits tut. Er empfiehlt den ersten Satz wie folgt umzuformulieren:

**„Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Oberbürgermeister bei der Zielsetzung auf der Grundlage...“**

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

**Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Oberbürgermeister bei der Zielsetzung auf der Grundlage der Ergebnisse des 1. Fachtages für Integration der Landeshauptstadt Potsdam, in Abstimmung mit den Trägern für Integrationsarbeit, den künftigen Integrationslotsen und den**

**ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsinitiativen aufeinander abgestimmte Hilfsangebote und individuelle Handlungsleitfäden für Flüchtlinge zu erarbeiten.**

**Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2016 über den Stand der Arbeit zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

**zu 7.2 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte**

**Vorlage: 16/SVV/0218**

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Anlauff teilt mit, dass sie Informationen aus Einrichtungen erhält, dass dort durchaus Gewalt ein Thema ist. Sie schlägt vor, Vertreter aus den Einrichtungen einzuladen und dies dann zu besprechen.

Herr Schubert regt an, sich darüber zu verständigen, wer eingeladen werden soll und dies dann als Schwerpunktthema im Ausschuss zu beraten.

Frau Müller-Preinesberger verweist darauf, dass es vereinzelt Vorfälle in Einrichtungen gab, die jeweils in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen vor Ort bearbeitet wurden. Dafür gibt es verabredete Meldekette, die auch eingehalten werden. Sie betont, dass alle Träger die Kinderschutzvereinbarung unterschrieben haben.

Die Ausschussmitglieder verabreden, dass sie ihre Vorschläge zu den einzuladenden Trägervertretern der Gemeinschaftsunterkünfte bis zum 23. August 2016 an Frau Spyra schicken, um diese zur Sitzung am 06.09.2016 einladen zu können.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Zurückstellung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

**zu 7.3 Integrationsgarten am Schlaatz**

**Vorlage: 16/SVV/0288**

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Frau Schulze bringt folgende neue Fassung des Antrages ein.

***Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Arbeit des Integrationsgartens mit seinen Projekten auch über das Jahr 2017 zu sichern. In Gesprächen mit dem Träger ist auszuloten, welche Möglichkeiten einer dauerhaften Förderung durch die LHP in diesem Sozialraum erforderlich sind.***

*Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 14. September 2016 über den Stand zu informieren.*

Frau Eisenblätter bittet darum, dass zukünftig bei derart umfangreichen Änderungen die neue Fassung an alle Ausschussmitglieder ausgereicht wird.

Herr Thomann betont, dass der Integrationsgarten aus Sicht der Verwaltung wichtig und erhaltenswert ist. Die Förderung erfolgt über die Allianz am Schlaatz.

Frau Tinney betont ebenfalls die Wichtigkeit des Angebots, kann aber die Sonderstellung, die hier beschlossen werden soll, nicht nachvollziehen.

Frau Müller-Preinesberger erinnert daran, dass nach Verlegung des Flüchtlingsheims an den Schlaatz, die Förderung über die Allianz am Schlaatz gegeben wurde, um die Integration in die Nachbarschaft zu ermöglichen. Sie weist auch darauf hin, dass 2014 das Integrationsbudget eingerichtet wurde. Aufgrund des großen Flüchtlingsstroms gab es 2015 und 2016 jeweils eine deutliche Erhöhung des Budgets. Die Mittelvergabe soll analog der Förderung der sozial- und gesundheitsfürsorglichen Projekte erfolgen. Um die Mittel gerecht und transparent vergeben zu können, wird eine Förderrichtlinie erarbeitet. Die Richtlinie wird dem Ausschuss vorgestellt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Frau Eisenblätter die vorliegende geänderte Fassung des Antrages zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Haushalt 2017 eine Grundfinanzierung für die Weiterführung des Integrationsgartens am Schlaatz sicherzustellen~~ **die Arbeit des Integrationsgartens mit seinen Projekten auch über das Jahr 2017 zu sichern. In Gesprächen mit dem Träger ist auszuloten, welche Möglichkeiten einer dauerhaften Förderung durch die LHP in diesem Sozialraum erforderlich sind.**

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 14. September 2016 über den Stand zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>4</b>

**zu 7.4 Bereitstellung von Ersatzwohnungen für Bestandsmietparteien Alter Markt 10 (Staudenhof)**

**Vorlage: 16/SVV/0327**

Fraktion DIE aNDERE

Frau Anlauff bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Westphal (Pro Potsdam GmbH) teilt mit, dass es in dem Gebäude derzeit keine leerstehenden Wohnungen gibt. Alle 182 Wohnungen sind aktuell vermietet, davon 30 über einen Wohnungsverbund an die LHP zur Unterbringung von Flüchtlingen. Da der Bedarf der Stadt an Wohnraum gesehen wird, werden auch weiterhin alle frei werdenden Wohnungen wieder vermietet. In Umsetzung des Beschlusses 12/SVV/0386 „Preiswertes Wohnen in der Potsdamer Mitte sichern“ werden alle aktuellen und zukünftigen Mietverträge befristet bis zum 31.12.2022 geschlossen. Auch die 30 Wohnungen im Wohnungsverbund sind befristet vermietet. Er betont, dass mit allen Mietern verantwortlich umgegangen

wird. Im Falle des Abrisses sollen alle Mieter wohnortnahen Ersatzwohnraum bekommen.

Frau Anlauff weist darauf hin, dass alles dafür getan werden soll, dass die jetzigen Bewohner die Möglichkeit haben, in dem Areal eine neue Wohnung anzumieten.

Frau Eisenblätter stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der städtischen

Wohnungsgesellschaft ProPotsdam GmbH beauftragt, deren Geschäftsführung anzuweisen, künftig keine Wohnung im Staudenhof, Alter Markt 10, frei zu ziehen. Für frei werdende Wohnungen sind umgehend Nachmieter\*innen zu suchen.

Weiterhin ist sicherzustellen, dass Mieter\*innen, welche am Alten Markt 10 nur noch einen befristeten Mietvertrag erhalten, im Fall eines Abrisses des Staudenhofs, ebenso wohnortnaher Ersatzwohnraum angeboten wird, wie Mietparteien mit unbefristeten Mietverträgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmhaltung:	1

**zu 7.5 Mehrgenerationenhaus**

**Vorlage: 16/SVV/0346**

Fraktion CDU/ANW

Herr Dünn bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Schulze fragt die Verwaltung, bis wann der entsprechende Antrag eingereicht werden muss.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam den Treffpunkt Freizeit erneut für die Förderung als Mehrgenerationenhaus vorschlagen wird und auch bemüht ist, die Kofinanzierung sicherzustellen, da hier bereits eine entsprechende Förderung erfolgt.

Herr Dünn erklärt aufgrund der Information von Frau Müller-Preinesberger, dass der vorliegende Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

**zu 8 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 8.1 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0296**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Richter stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Zwischenbericht vor. Er teilt mit, dass insgesamt über 180 konkrete Maßnahmen formuliert

wurden. Für die Steuerung und Koordinierung der Umsetzung der Maßnahmen und Ziele des Lokalen Teilhabeplans wurde ein Inklusionsgremium gebildet. Da nicht alle Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden können, erfolgte eine Prioritätensetzung. Hierbei wurden Ressourcenaufwand und Wirkungsgrad beleuchtet.

Herr Richter betont, dass mit dem Lokalen Teilhabeplan wichtige Maßnahmen angestoßen bzw. umgesetzt wurden. Es besteht aber weiterhin in allen Handlungsfeldern Handlungsbedarf. Der Teilhabeplan sollte kontinuierlich fortgeschrieben und angepasst werden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 8.2 Gleichstellungsplan 2015 - 2019**

**Vorlage: 16/SVV/0348**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt.

## **zu 9 Sonstiges**

Herr Schubert bittet Herrn Thomann um einen aktuellen Stand der Förderung und des Standortwechsels der Dahlweid-Stiftung.

Herr Thomann informiert, dass die Dahlweid-Stiftung ihre Sitzungen jetzt in den Räumen der Gaststätte in der Paul-Neumann-Straße durchführt. Die Stiftung wird auch weiterhin gefördert und erhält eine Abschlagzahlung.

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass dies die letzte Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion ist, an der Frau Müller-Preinesberger teilnimmt. Sie dankt Frau Müller-Preinesberger im Namen des Ausschusses für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und wünscht ihr für den bevorstehenden Ruhestand alles Gute.

**Nächster GSI-Ausschuss: 06. September 2016, 18:00 Uhr**

**Imke Eisenblätter**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**